



Abänderungsantrag

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 12. Mai 2016

von

GRin Mag.^a Astrid Polz-Watzenig

**Betrifft: Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag von GRⁱⁿ Elke Heinrichs
„Keine Kürzungen bei den Grazer Spitälern“**

Die angekündigte und nun angeblich verschobene Spitalsreform wirft, wie von Kollegin Heinrichs angeführt, viele Fragen auf und hat auch zur Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Für die Stadt Graz ist es von großer Bedeutung, dass eine Debatte über eine zeitgemäße Gesundheitsversorgung und die dafür notwendigen Entwicklungen im Gesundheitsbereich fundiert und transparent geführt wird.

Spitäler mit guter Personalausstattung sind natürlich ein zentraler Bereich im Rahmen der Gesundheitsversorgung. Es gilt aber auch, neue Angebote zu entwickeln und zu implementieren, die niederschwellig sind, den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen und darüber hinaus weniger Ressourcen benötigen als der stationäre Bereich. Der Schlüssel liegt klar in der Stärkung der Primärversorgung: Interdisziplinäre Teams und eine Zusammenarbeit über die Professionengrenzen hinweg sind hier die zeitgemäße Antwort. Mit dem Sozialmedizinischen Zentrum in Liebenau haben wir beispielsweise eine solche Einrichtung, die über Jahrzehnte Pionierarbeit geleistet hat.

Solche Primärversorgungszentren verlangt auch die Gesundheitsreform, festgehalten in den Zielsteuerungsverträgen. Bereits bis Ende 2016 soll mindestens 1% der Bevölkerung des Landes durch eine multiprofessionelle und interdisziplinäre Primärversorgung betreut werden.

Ziel des Gemeinderates sollte es sein, zu mehr Information als durch Zitation von Medienberichten zu gelangen sowie die Beschleunigung in punkto Einrichtung von Primärversorgungszentren zu erreichen.

Deshalb stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, den zuständigen Landesrat Mag. Christopher Drexler zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen, um konkrete Pläne zur Gesundheitsreform seitens des Landes vorgestellt zu erhalten.
2. Der Gemeinderat richtet sich an den zuständigen Landesrat mit dem dringenden Ersuchen, in punkto Primärversorgungszentren umgehend tätig zu werden.